

Planung für die A 281 wird nicht gestoppt

Bauabschnitt 2.2 bleibt unverändert: Landtag erteilt Dringlichkeitsantrag der Linken deutliche Abfuhr

Der Bauabschnitt 2.2 der Autobahn 281 soll umgesetzt werden wie geplant. Dem Vorstoß der Linken, das Bauvorhaben zwischen Neuenlander Ring und Zubringer Arsten einer weiteren Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen, erteilen die anderen Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft am Mittwochnachmittag eine deutliche Abfuhr.

VON RALF MICHEL

Bremen. Mit einem Dringlichkeitsantrag hat die Linke in der Bremischen Bürgerschaft am Mittwochnachmittag versucht, das Planfeststellungsverfahren für den Bauabschnitt 2.2 der Autobahn A 281 zu stoppen. „Wir sollten keine Fakten schaffen, bevor nicht alle Alternativen geprüft sind“, erklärte Klaus-Rainer Rupp, verkehrspolitischer Sprecher der Linken.

Er forderte eine Kosten-Nutzen-Analyse für den Bauabschnitt zwischen Neuenlander Ring und Zubringer Arsten und führte eine Reihe von Gründen dafür an: Die letzte Analyse Art stamme aus dem Jahr 2002, die Kosten der Baumaßnahme hätten sich seither von 63,6 auf 142,8 Millionen

Euro mehr als verdoppelt, das Verkehrsaufkommen falle deutlich niedriger aus als prognostiziert. . .

Ganz zu schweigen von der erwarteten Sperrung des Tunnels zum Zubringer Arsten. „Sie produzieren viereinhalb Jahre Stau an der Ecke dort, mit erhöhten Lärm- und Staubaufkommen für die Anwohner – da muss erlaubt sein, zu fragen, ob die Entscheidung für diese Variante richtig war.“

„Es geht um die ganze Wurst“

Doch mit dieser Position blieb Rupp im Plenarsaal allein, sieht man von den gut zwei Dutzend Frauen und Männern der „Bürgerinitiativen für eine menschenwürdige A 281“ ab, die die Debatte von der Besuchertribüne aus verfolgten. SPD, Grüne und CDU lehnten den Antrag der Linken ab. „Damit stellen Sie die Realisierung des Autobahnringes grundsätzlich infrage“, sagte Jürgen Pohlmann (SPD) und warf der Linken eine verengte Sichtweise vor. Es gelte, die gesamtbremschen Interessen abzuwägen und nicht nur die Vorstellungen einzelner Bürgerinitiativen zu sehen.

Bildhaft umschrieb dies Ralph Saxe von den Grünen: Die Wirtschaftlichkeit eines

einzelnen Abschnittes der geplanten Ringautobahn zu hinterfragen, käme ihm vor wie Salamitaktik. „Es geht aber um die ganze Wurst.“ Und dass die deutlich teurer wird, als geplant, läge nicht zuletzt an Ausgaben in Millionenhöhe, die man eigens für eine bürgerfreundlichere Lösung investiere. Durch die teurere Kompromissvariante sei der Monsterknoten ebenso vom Tisch wie die Querspange zur Kattenturmer Heerstraße. „Wir haben 30 Millionen Euro eingesetzt, um etwas für den Bürger zu erreichen.“

Diesen Kompromiss anschließend dem Bund klar zu machen, und zwar mit allen Sonderwünschen, sei ein „massiver Spagat“ für alle Beteiligten gewesen, ergänzte Heiko Strohmann (CDU). Nun gelte es, Planungssicherheit für Anwohner und Wirtschaft zu schaffen. Sein Votum: „Nicht bis zum St. Nimmerleinstag weiter diskutieren, sondern die Planung jetzt endlich umsetzen.“

Es gebe keinerlei Veranlassung, von der bisherigen Planung für den Bauabschnitt abzurücken, betonte auch Joachim Lohse (Grüne), Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, als Schlussredner der Debatte. Nicht

Bremen, sondern der Bund habe die Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahme festgestellt, dem Projekt dabei sogar ein extrem gutes Nutzen-Kosten-Verhältnis bescheinigt.

Entsprechend deutlich fiel angesichts dieser Wortbeiträge bei der abschließenden Abstimmung das Votum gegen den Dringlichkeitsantrag der Linken aus – nur die Antragsteller selbst stimmten dafür.

Klare Position zur B 6 neu

Kein gutes Ende somit auch für die Vertreter der Bürgerinitiativen auf den Zuschauertribünen. Die aber dürften zumindest zwei andere Äußerungen des Grünen-Abgeordneten Ralph Saxe mit Interesse vernommen haben. Zum einen würde sich seine Partei für zusätzlichen Lärmschutz für die Bewohner der Wohnsiedlung Wolfskuhle stark machen. Zum anderen bräuchte niemand Angst in Sachen B 6 neu haben, sprach Saxe eine andere Sorge der Vereinigung der Bürgerinitiativen an. „Es wird garantiert keine B 6 neu geben, wenn sie nicht unter dem Flughafen durchführt – ich sehe niemanden in diesem Haus, der das mitmachen würde.“